

Liberale Klimapolitik

I. Grundsätze liberaler Klimapolitik

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Geowissenschaftler sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert.

Die Staatengemeinschaft hat darauf zuletzt mit dem Pariser Abkommen von 2015 reagiert. Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes¹ sind verbindlich. Aus liberaler Sicht gilt es daher, Wege zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beschreiten, welche die Menschen mitnimmt, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird und Chancen eröffnet. Nur in der intelligenten Verzahnung von Ökologie und Ökonomie findet diese Transformation nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung und kann gelingen. Ziel unserer liberalen Klimapolitik ist es, das Wirtschaftswachstum vom Treibhausgas-Ausstoß zu entkoppeln und mit neuen Technologien auch den Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern die faire Chance zu eröffnen, auf klimafreundliche Weise weiter nach Wachstum und Wohlstand zu streben.

Freiheit als oberstes Ziel der Liberalen erschöpft sich nicht im Hier und Heute, sondern verlangt weltweit und für alle künftigen Generationen Einsatz. Nachhaltige Entwicklung im liberalen Sinne heißt daher: Durch Fairness und Entwicklungsmöglichkeiten für jeden einen starken freiheitlichen Rechtsstaat, eine wehrhafte demokratische Grundordnung, eine gute Infrastruktur, ein hohes Bildungs- und Technologieniveau, geringe Verschuldung, möglichst geringe soziale Konflikte und natürlich auch möglichst geringe Altlasten in ökologischer Hinsicht zu hinterlassen. Denn diese schränken die Handlungsmöglichkeiten und damit die Chancen künftiger Generationen ein. Deswegen stehen wir sowohl für die Reduktion der Treibhausgasemissionen als auch für eine starke und kluge Strategie zur Anpassung an die Veränderungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Mit einer solchen Strategie müssen wir heute beginnen, hier in Deutschland, in der EU, aber insbesondere auch weltweit. Politische Entscheidungen, die den Klimaschutz betreffen, dürfen dabei keinesfalls isoliert betrachtet, sondern müssen immer im Kontext unterschiedlicher Ziele und nach sorgfältiger Abwägung etwaiger Interessens- und Zielkonflikte getroffen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Klimapolitik nicht durch Regierungskommissionen und ähnlichen demokratisch nicht legitimierten Gremien wie beispielsweise einem „Klimarat“ entparlamentarisiert und die Entscheidungen des Bundestags aus einer vermeintlich höheren moralischen Position heraus vorgeprägt werden.

Wir Freie Demokraten wollen eine Politik gestalten, die Klimaschutz durch das Vertrauen auf technologischen Fortschritt mit einer modernen Industriegesellschaft und steigendem Wohlstand in Einklang bringt. Diese Politik setzen wir Freien Demokraten der aktuellen pessimistischen, fortschritts-

¹ Und des Ausstoßes weiterer Treibhausgase, die hier aufgrund des allgemeinen Sprachgebrauchs unter dem Begriff „CO₂“ zusammengefasst werden.

und wachstumsfeindlichen Erzählung, die die klimapolitische Debatte in Deutschland noch beherrscht, entgegen. Statt symbolpolitisch aufgeladene Debatten über die Laufzeit einzelner Kraftwerke zu führen, wollen wir unsere Industrie fit für den Export klimafreundlicher Technologien in alle Welt machen und leisten so einen tatsächlich relevanten Beitrag zum globalen Klimaschutz.

II. Instrumente liberaler Klimapolitik

Alle notwendigen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland wären nutzlos, wenn sie nicht in eine international ausgerichtete Klimaschutzstrategie eingebettet würden. Der geringe Anteil Deutschlands an den globalen CO₂-Emissionen entbindet uns nicht von der Verantwortung, die wir als eine der größten Volkswirtschaften der Welt haben. Die Bemühungen und Ergebnisse in Deutschland werden weltweit registriert – positiv wie negativ. Daher ist es richtig, als gutes Beispiel mit einer ambitionierten und gleichzeitig vernünftigen Klimapolitik voranzugehen, statt in Aktionismus zu verfallen und unsere wirtschaftliche Stärke durch übereilte Entscheidungen in der Energie- und Industriepolitik leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Eine ideologisch motivierte Klimaschutzpolitik, die zu De-Industrialisierung und Wohlstandsverlusten führt, droht gerade auf die aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Im Ergebnis stünde eine stärkere Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland mit insgesamt negativen Folgen für das Klima.

1. Emissionshandel statt Lastenteilung (Effort Sharing): Mehr Klimaschutz für weniger Geld

Eine Klimapolitik, die es ernst meint und nicht als Deckmantel für eine wirtschaftspolitische Detailsteuerung fungiert, ist allein auf das Ziel ausgerichtet, die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre insgesamt zu verringern. An welcher Stelle das genau passiert, an welchem Ort und in welchem Wirtschaftsbereich, spielt für das Klima überhaupt keine Rolle. Aus diesem Grund setzen wir Freie Demokraten auf den Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik. Bei diesem wird politisch bestimmt, wie viel Treibhausgase insgesamt emittiert werden dürfen, wie die Emissionsberechtigungen (in Form von Zertifikaten) ausgegeben und gehandelt werden und welche Sanktionen für Emissionen ohne entsprechende Zertifikate drohen. Dabei wird die Gesamtmenge an Zertifikaten jährlich automatisch verringert. Der 2005 in der Europäischen Union und mittlerweile in vielen weiteren Regionen der Welt in ähnlicher Form eingeführte Emissionshandel ist das volkswirtschaftlich effizienteste Instrument, um den Treibhausgas-Ausstoß zu begrenzen. Er entspricht dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft: Die Politik legt die Rahmenbedingungen in Form von Regeln fest und beschränkt sich danach auf ihre Rolle als neutraler Schiedsrichter.

Der Emissionshandel ist kein Selbstzweck, sondern dient der Treibhausgas-Reduktion. Deshalb dürfen die Einnahmen aus dem Zertifikathandel auch nicht als willkommene weitere staatliche oder europäische Einnahmequelle dienen, sondern müssen zweckgebunden in klimapolitische Maßnahmen fließen. Dazu gehört neben der Forschungsförderung zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien auch die Entlastung von Bürgern und Unternehmen als Ausgleich für Kostensteigerungen und soziale Härten sowie zum Schutz vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb, die auf klimapolitische Maßnahmen zurückzuführen sind. Außerdem sollen Vorsorgemaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit den Einnahmen finanziert werden.

Momentan fallen jedoch nur rund 45 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen unter das EU-ETS, da an diesem lediglich die Energiewirtschaft und Teile der Industrie teilnehmen. Die in diesen

Sektoren im Vergleich zum „Non-ETS-Bereich“ weit überdurchschnittlich stark gesunkenen Emissionen belegen die Wirksamkeit des Systems. Daher sollte der EU-ETS nach Ansicht von uns Freien Demokraten schnellstmöglich auf alle Sektoren ausgeweitet werden. Ist dieser Schritt erfolgt, muss konsequenterweise die jährliche Reduktion der Zertifikate entsprechend an die Ziele aus dem Pariser Abkommen angepasst werden. Damit wird dieses zielgenau erreicht. Durch diese Maßnahme bekämen Treibhausgase einen einheitlichen Preis und die Emissionen innerhalb des politisch vorgegebenen Rahmens würden dort gesenkt werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Denn nur der Emissionshandel vereint effektiven Klimaschutz mit ökonomischer Effizienz. Detaillierte CO₂-Einsparziele für einzelne Wirtschaftsbereiche, wie sie die Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 festgeschrieben hat, machen Klimaschutz dagegen unnötig teuer. Keinesfalls dürfen derartige Ziele gesetzlich vorgeschrieben oder gar einklagbar werden.

Im Verkehr sowie im Bereich Gebäude/Wärme ist die Einführung des Emissionshandels unkompliziert und vor allem unbürokratisch auf der ersten Handelsebene möglich: Der Erstverkäufer eines Kraftstoffes, beispielsweise eine Öl-Raffinerie, muss den CO₂-Ausstoß jedes Liters durch eine entsprechende Berechtigung nachweisen. Ziel muss zumindest die Einbindung aller durch Verbrennungsvorgänge verursachte CO₂-Emissionen in den Emissionshandel sein.

Die in diesem Zuge erfolgende Ausweitung der Gesamtmenge verhindert einen plötzlichen Anstieg der Zertifikatspreise. Dadurch ist sichergestellt, dass individuelle Mobilität auch für Menschen mit geringen Einkommen weiterhin bezahlbar bleibt. Dass dies nicht zu signifikant sinkenden Emissionen im Verkehrssektor führen wird, ist aufgrund der hohen CO₂-Vermeidungskosten in diesem Bereich ein gewünschter Effekt. Da Treibhausgase nicht dort eingespart werden sollten, wo es gerade politisch opportun erscheint, sondern konsequent dort, wo es am kostengünstigsten möglich ist, leistet der Verkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz zunächst sinnvollerweise durch den Kauf von Zertifikaten. Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate tendenziell zu steigenden Preisen führt, wollen wir Freie Demokraten die durch die vergrößerte Zertifikatsmenge zusätzlich generierten Einnahmen nutzen, um die Bürger an anderer Stelle zu entlasten. Dazu wollen wir die EEG-Umlage abschaffen sowie die Stromsteuer, die unabhängig von der Erzeugungsart und damit der Umweltwirkung erhoben wird, auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz absenken und so bald wie möglich komplett streichen. Außerdem halten wir die Abschaffung des Erdölbevorratungsbeitrags (EBB) für sinnvoll. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrags an jeden Bürger gewährleisten.

Um zu verhindern, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb ihre Produktion und damit auch ihre Emissionen auf Grund des CO₂-Preises ins Ausland verlagern (Carbon Leakage), wollen wir außerdem die Strompreiskompensation ebenso wie die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten an diese Unternehmen langfristig festschreiben, um Planungssicherheit zu schaffen, die derzeit leider fehlt. Durch ein Investitionsprogramm in Forschung und Entwicklung soll die Industrie außerdem befähigt werden, Emissionen und damit Kosten durch technologischen Fortschritt zu vermeiden (siehe 3.).

Nationale Alleingänge wie eine CO₂-Steuer lehnen wir ab. Eine solche Steuer würde das Ziel eines einheitlichen CO₂-Preises konterkarieren und wäre in ihrer Wirkung aufgrund der fehlenden Mengensteuerung höchst spekulativ. Der Emissionshandel ist dagegen ein präzises Instrument, um die Emissionen in gewünschtem Maße zu senken. Für das Klima ist zunächst unerheblich, wie teuer eine

Tonne CO₂ ist. Relevant ist lediglich, dass die Gesamtmenge an Emissionen sinkt. Eine CO₂-Besteuerung zielt also am wesentlichen Punkt vorbei.

Nach dem Beschluss zur Lastenteilung (Effort Sharing) ist jeder EU-Mitgliedstaat verpflichtet, die Emissionen in den Sektoren außerhalb des EU-ETS in einem festgelegten Ausmaß zu reduzieren. Für Deutschland bedeutet das, einen bis 2020 um 14 Prozent und bis 2030 um 38 Prozent geringeren THG-Ausstoß als im Basisjahr 2005 zu erreichen. Schon heute steht fest, dass das nationale Ziel für 2020 in Deutschland deutlich verfehlt wird. In der Konsequenz müssen schätzungsweise zwischen 500 Millionen und 1,2 Milliarden Euro ungenutzter Emissionsrechte anderer Länder gekauft werden. Im Gegensatz zum EU-ETS findet hier also eine Art zwischenstaatlicher Emissionshandel statt, der nicht die eigentlichen Verursacher der Emissionen belastet, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dies bleibt noch dazu ohne jeden Nutzen für das Klima, da die Bundesregierung die Emissionsrechte zum Ausgleich der verfehlten Ziele erst nach 2020 kauft, wodurch diese keinerlei Emissionsreduktionen mehr generieren können, sondern andere Staaten lediglich für vergangene Minderrungen belohnen.

Bis 2030 droht somit ein unkalkulierbares Haushaltsrisiko. Derzeitige Schätzungen gehen von bis zu 60 Milliarden Euro aus. Wir Freie Demokraten halten es für einen unverantwortlichen Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, dieses Risiko hinzunehmen, abzuwarten und zu hoffen, dass die Summe schlussendlich vielleicht geringer ausfällt. Deshalb wollen wir die ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit nutzen, die nationalen Verpflichtungen aus der Lastenteilungsentscheidung durch die schnellstmögliche Ausweitung des EU-Emissionshandels nach Art. 24 der Emissionshandelsrichtlinie auf den deutschen Verkehrs- und den Gebäude-/Wärmesektor künftig deutlich besser einzuhalten.

Zudem ist es notwendig, so bald wie möglich die unterschiedlichen, in anderen Teilen der Welt bereits existierende Systeme mit dem EU-ETS zu verbinden. Ein einheitlicher oder ein mehrere Systeme miteinander verknüpfender Emissionshandel sorgt für eine größere Stabilität und ist ein großer Schritt in Richtung eines echten internationalen CO₂-Preises. Unsinnige und protektionistische Maßnahmen wie die teilweise diskutierten Importzölle auf den CO₂-Anteil von Handelsgütern wären dann endgültig obsolet. Unser Ziel eines globalen Emissionshandels ist auch aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvoll. So könnten etwa kleine Inselstaaten in der Südsee ohne nennenswerte Treibhausgasmissionen ihre Zertifikate verkaufen und das Geld in Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels investieren.

2. Technologieneutralität für größtmögliche Effizienz

Unverzichtbare Voraussetzung für eine marktwirtschaftlich orientierte Klimapolitik ist Technologieneutralität. Wir Freie Demokraten maßen uns das Wissen nicht an, technologische Entwicklungen der nächsten 30 Jahre voraussehen zu können. Wer sich jetzt schon auf eine Technologie festlegt, läuft Gefahr, andere, möglicherweise bessere Innovationen auszubremsen. Schließlich soll die Notwendigkeit, Treibhausgase einzusparen, Anreize für kreative Ideen und Lösungen schaffen. Der Wettbewerb ist das beste Entdeckungsverfahren für neue Technologien und darf daher nicht durch unverhältnismäßige Regulierung und Verbote eingeschränkt werden. Auch Subventionen dürfen den Markt nicht verzerren. Eine Förderung von Forschung und Entwicklung bis hin zur Marktreife ist allerdings oft wünschenswert. In diesem Sinne stehen wir neuen Technologien immer erst offen und positiv gegenüber.

3. Forschungsförderung statt Klimakinos: Einnahmen in Klimaschutz investieren

Der Energie- und Klimafonds (EKF) im Bundeshaushalt umfasst jährlich rund sechs Milliarden Euro aus der Versteigerung der Zertifikate im EU-Emissionshandel und einem Haushaltszuschuss. Angesichts steigender Zertifikatspreise ist künftig mit einem steigenden Volumen zu rechnen. Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll, die zum Zwecke des Klimaschutzes generierten Einnahmen entsprechend zu verwenden und nicht in den allgemeinen Bundeshaushalt zu überführen. Derzeit wird das Geld aus dem EKF allerdings teilweise für völlig sinnlose Programme wie Klimakinos, für Subventionen zum Kauf von Elektroautos, Lastenfahrrädern oder E-Bike-Garagen ausgegeben. Technologieförderung hingegen findet nur in einem politisch strikt definierten Rahmen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung und Elektromobilität statt. Wir Freie Demokraten wollen aus Mitteln des EKF ein Investitionsprogramm finanzieren, um Forschung und Entwicklung von Technologien insbesondere im Bereich der CO₂-Vermeidung, -Nutzung und -Speicherung zu unterstützen. Dadurch bestünde endlich auch für die Industrie, die einen erheblichen Teil der Einnahmen des EKF generiert, die Möglichkeit, von diesem Geld zu profitieren und in Maßnahmen zur Emissionsvermeidung oder -minderung zu investieren.

Die Entwicklungs- und die Klimapolitik sollten aber auch heute schon noch enger miteinander verknüpft werden. Investitionen in den Klimaschutz können nicht nur zur Treibhausgasreduktion beitragen, sondern in den Ländern des globalen Südens durch Technologietransfer auch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung führen. Unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit ist für uns Freie Demokraten, privates Engagement für Klimaschutzprojekte zu fördern aber auch durch die Förderung ganzer Wirtschaftssysteme zur Entkopplung von Wachstum und THG-Ausstoß beizutragen.

4. Mehr als nur ein Klimagas: Wege im Umgang mit CO₂

CO₂, das etwa in Industrieprozessen entsteht, muss nicht zwangsläufig in die Atmosphäre gelangen. Oberste Priorität haben Maßnahmen, die anfallenden Treibhausgase so weit wie möglich zu vermeiden. Derartige Maßnahmen stoßen jedoch in einigen Bereichen früher oder später an ihre physikalischen Grenzen. Und selbst dort, wo es möglich ist, wird eine Umstellung lange Zeit in Anspruch nehmen. Deswegen müssen andere Möglichkeiten im Umgang mit CO₂ genutzt werden, damit Klimaschutz nicht zur Vernichtung ganzer Industriezweige führt. Es ist allerdings auch gar nicht notwendig, die Industrie vollständig umzurüsten, denn CO₂ kann sowohl genutzt als auch gespeichert werden.

4.a CO₂ als Rohstoff in einer Kreislaufwirtschaft nutzen

Anfallendes CO₂ kann in vielen Fällen aus Abgasen abgeschieden und als Rohstoff genutzt werden (CCU; Carbon Capture and Usage). Durch CCU entsteht eine CO₂-Kreislaufwirtschaft, die industrielle Prozesse klimafreundlich macht. Enormes Potential haben außerdem CCU-Verfahren im Bereich „Power-to-X“ (PtX), in denen aus erneuerbarem Strom und CO₂ synthetische Gase, Wasserstoff oder auch flüssige Kraftstoffe erzeugt werden. Ein Beispiel ist die mögliche Nutzung synthetischer Kraftstoffe, sogenannter E-Fuels, im Verkehr. Der eindimensionale Fokus der Politik auf die E-Mobilität verkennt, dass es noch weitere Möglichkeiten gibt, den Verkehr klimafreundlicher zu machen. Über den Antriebsmix der Zukunft soll der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff können auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO₂ hergestellt werden, wichtige Bausteine

sein. Die Herstellung solcher E-Fuels steht derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, sind massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssen absurde regulatorische Hürden abgebaut werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürfen nicht mehr als Endverbraucher im Sinne des EEG gelten und damit EEG-Umlage zahlen müssen. Denn dadurch wird PtX künstlich unrentabel. Außerdem sollen E-Fuels ähnlich wie Elektroautos auf die EU-Flottengrenzwerte angerechnet werden können. Mit E-Fuels ist klimafreundlicher Verkehr möglich, ohne auf den Verbrennungsmotor verzichten zu müssen. Somit bleibt dem Verbraucher die Wahl seiner favorisierten Antriebstechnologie erhalten, die Automobilindustrie kann weiterhin Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren produzieren und die gesamte Tankinfrastruktur kann aufrechterhalten werden. Die finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung sollte an eine linear ansteigende Verpflichtung zur Beimischung synthetischer Kraftstoffe gekoppelt werden. Langfristiges Ziel ist der Verzicht auf fossile Kraftstoffe. Der hohe Strombedarf zur Erzeugung großer Mengen E-Fuels kann unter anderem durch die großflächige Nutzung der Solar- und Windenergie, insbesondere da wo dies weltweit am effizientesten möglich ist, gedeckt werden. Die Diversität der Antriebe verringert im Vergleich zur vollständigen Umstellung auf die Elektromobilität außerdem die Menge an zu entsorgenden Batterien sowie den Verbrauch nur begrenzt verfügbarer Rohstoffe wie Lithium und Kobalt, die häufig unter menschenrechtlich problematischen Bedingungen abgebaut werden.

4.b Potentiale der CO₂-Speicherung in Deutschland und weltweit nutzen

Auch CO₂, das weder vermieden noch genutzt werden kann, muss nicht zwangsläufig in die Atmosphäre gelangen. Es ist technisch und mit vertretbarem Risiko möglich, CO₂ aus Abgasen abzuscheiden und schließlich dort, wo die geologischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, unterirdisch zu lagern. Deutschland ist in der Vergangenheit unter anderem durch erfolgreiche Modellprojekte in der Lausitz führend im Bereich der CCS-Technologie gewesen. Leider haben schein-rationale Bedenken zu einer Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung und schließlich zu einem politisch bedingten Stopp der CCS-Erprobung in Deutschland geführt. Wir Freie Demokraten sind jedoch überzeugt davon, dass Fehler der Vergangenheit korrigiert werden können und wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um den Einsatz von CCS in der Industrie zu ermöglichen. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich wollen wir aus den Mitteln des Energie- und Klimafonds fördern. Ein Einsatz in der Energiewirtschaft hingegen sehen wir aufgrund der zwar großen, aber dennoch begrenzten Speicherkapazitäten kritisch. Für die deutsche Industrie bietet sich die Chance, CO₂ und damit sehr viel Geld einzusparen – schließlich ist CO₂, das abgeschieden und gespeichert wird, ausdrücklich von der Zertifikatspflicht im EU-ETS befreit. Außerdem können CCS-Technologien zu einem neuen deutschen Exportschlager werden, der bei globalem Einsatz enormes Klimaschutz-Potential besitzt. Insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer könnten damit ihr weiterhin zu erwartendes und wünschenswertes Wachstum klimafreundlich gestalten.

5. Wälder und Moore weltweit als CO₂-Senken nutzen

Ein weiterer wichtiger Baustein der internationalen Klimaschutzstrategie von uns Freien Demokraten sind Investitionen in die organische Speicherung von CO₂. Insbesondere das Potential von Bäumen und die Renaturierung von Mooren, die als natürliche Senken dienen, indem sie einen Teil des CO₂ aus der Luft speichern, wollen wir nutzen. Da in Deutschland auf Grund der dichten Besiedelung und eines bereits heute sehr großen Waldanteils an der Gesamtfläche nur ein sehr begrenztes Potential besteht, müssen wir den Fokus auf weltweite Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte legen.

Gleichzeitig müssen wir der immer weiter voranschreitenden Zerstörung bestehender Ökosysteme entgegenwirken.

6. Anreize für die Nutzung und die biologische CO₂-Speicherung schaffen

Während die Speicherung von CO₂ für Unternehmen durch die nicht benötigten ETS-Zertifikate einen finanziellen Anreiz bieten, sollten wir diesen auch für die biologische Speicherung und den Aufbau einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft schaffen: Wer künftig CO₂ in irgendeiner Form bindet – sei es organisch oder in der Herstellung neuer Produkte (CCU) – könnte dafür je Tonne gebundenes CO₂ ein ETS-Zertifikat erhalten, das anschließend wie jedes andere Zertifikat auch frei am Markt handelbar ist. Für den Gesamtkomplex CCU und CCS wollen wir Freie Demokraten ein Kohlenstoffkreislaufwirtschafts- und Speichergesetz schaffen und bestehende Gesetze und Verordnungen anpassen oder gegebenenfalls ersetzen.

7. Mut zum Geo-Engineering

Die Chancen, die das Geo-Engineering in den Blick nimmt, ohne die Risiken einzelner Technologien zu ignorieren, sind heute in weiten Teilen noch gar nicht oder nur in sehr kleinem Maße ausgeschöpft. Maßnahmen, die aber aktuell unter den weiten Begriff Geo-Engineering fallen, unterliegen in Deutschland bereits jetzt strenger Regulierung. Hier hat sich eine technologiefeindliche Haltung breitgemacht, der wir als Liberale eine mutige Politik entgegensetzen wollen. Die Bedeutung direkter CO₂-Abscheidungstechnologien, also dem sogenannten Carbon Direct Removal (CDR), mittels derer CO₂ der Atmosphäre direkt entzogen wird, hat der IPCC-Sonderbericht zum 1,5 Grad-Ziel im Herbst 2018 verdeutlicht: Ohne derartige Negativemissionstechnologien (NET) ist das Erreichen des Ziels ausgeschlossen. Daneben bieten allerdings auch organische Maßnahmen ein großes Potential – etwa die schnelle Aufzucht großer Mengen Algen durch Düngung. Algen sind leicht reproduzierbare und sehr potente CO₂-Speicher, die als Biomasse außerdem zur Energiegewinnung beitragen können. Die gezielte Düngung zum Zwecke des Klimaschutzes ist heute jedoch de facto verboten. Wir wollen Geo-Engineering ermöglichen und gleichzeitig in neue Richtungen denken: Man könnte beispielsweise darüber nachdenken, künstliche Seen in stillgelegten Braunkohletagebauen teilweise mit Hilfe künstlicher Düngung zur Aufzucht von Algen zu nutzen. Im Bereich des Geo-Engineerings muss Deutschland Spitzenreiter in Forschung und Entwicklung werden.

8. Anpassungen an den Klimawandel

Neben einer Begrenzung der Erderwärmung bedarf es einer erhöhten Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der unvermeidbaren Klimaänderungen. Dabei handelt es sich – anders als bei den Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen – um eine vorwiegend national und regional zu bewältigende Aufgabe. Angesichts des Umstandes, dass die Szenarien bezüglich der Auswirkungen der Klimaveränderungen ein hohes Maß an Unsicherheiten aufweisen, dürfen sie aber nur sehr eingeschränkt als Grundlage für Maßnahmen in der Gegenwart dienen, da die Gefahr für Fehlallokationen und letztlich ungerechtfertigte Eingriffe in die Rechte von Bürgerinnen und Bürger sehr groß ist. Gleichwohl können die Szenarien angesichts der zum Teil mit Ihnen verbundenen drastischen Gefahren für künftige Generationen nicht ignoriert werden. Für uns Freie Demokraten geht es vielmehr auch hier darum, zu einem vernünftigen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu

kommen: Je konkreter die künftige Gefahr, desto entschlossener muss jetzt gehandelt werden. Je abstrakter und ungewisser die Gefahr, desto mehr Zurückhaltung ist geboten.

9. Internationale Marktmechanismen des Pariser Abkommens für effizienten Klimaschutz nutzen

Im Pariser Abkommen gibt es unter Artikel 6 die Möglichkeit der Anrechnung von Projekten aus anderen Staaten in das Nationale THG-Budget. Der sogenannte Clean Development Mechanism (CDM) bietet die Möglichkeit dort, wo der Euro die höchste Effizienz bietet, Klimaschutz zu betreiben. Deshalb fordern wir Freie Demokraten, diese Möglichkeit, anders als bisher von der EU geplant, über das Jahr 2020 hinaus aufrechtzuerhalten. Punktuelle Verbesserungen, zum Beispiel durch eine bessere Kontrolle der einzelnen Maßnahmen, sind dabei notwendig. Neben der tatsächlichen Klimaschutzwirkung ist dabei verstärkt auch auf die Situation der Menschenrechte vor Ort zu achten. Das gilt insbesondere, wenn diese aufgrund eines konkreten Projekts in Gefahr sind. Außerdem ist zu überlegen, ob künftig noch eine 1:1-Anerkennung der Zertifikate sinnvoll ist. Aufgrund der geringeren Kosten für die CO₂-Vermeidung kann der finanzielle Anreiz für eine solche Investition auch dann noch groß genug sein, wenn nur ein Teil angerechnet wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich